

Waldobader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für W^{aldobad}. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Freitags. Bezugspreis halbjährlich 70 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verlehr monatlich 1.80 M. :: Einzelnummern 10 Pf. Circolento Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Reutenbürg Zweibr. W. B. :: Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Haberle & Co. Waldob. :: Postfachkonto Stuttgart. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Beilage oder deren Raum im Bez. Grundr. 12 Pfg., außsch. 15 einpalt. Inf.-Steuer. Reklamezeile 30 Pfg. :: Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Ausnahmestellung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. :: Schluß der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. :: In Kontursfällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachlagewähr. weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gaid in Waldob., Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 231

Nummer 123

Samstag 179

Waldobad, Montag, den 26. Mai 1924

Samstag 179

Jahrgang 59.

Ausbreitung der Wirtschaftskrise

In der ersten Hälfte des April begann die Reichsbank ihre neue Politik der Restriktion der Kredite. Zufällig fiel in diese Zeit auch die Auswirkung verheerlicher Frankenspekulationen. Die Krise, oder vielmehr die Krisenzeichen, die damals im April ausbrachen, hielt man anfänglich für örtliche Funktionsstörungen des Wirtschaftslebens, die man eindämmen zu können hoffte. Bald aber zeigte es sich, daß man den Krisenherd verkannt hatte, daß die Krisenzeichen der Wirtschaft fast ausschließlich auf die Tatsache zurückzuführen waren, daß der Strom der Kredite der Reichsbank plötzlich abgebrochen war. Die Frankenspekulationen spielten dabei nur eine untergeordnete Rolle. Das Zustand sprach über das „Stabilisierungswunder“ und wir Deutsche selber waren erschauert darüber, wie glatt und ohne erste Hemmnisse wir aus der Krise der Währungsfestigung in eine Wirtschaft mit leidlich günstiger Produktion hinüberwechselten.

Die Voraussetzung für die schnelle Wiedereingangssetzung der Wirtschaft nach dem Zusammenbruch und nach der Währungsfestigung im November vorigen Jahres waren die Reichsbankkredite, die sowohl in der Papiermarkt-Abteilung als auch in der Rentenmarkt-Abteilung in großen Mengen und in liberaler Weise gewährt wurden. Diese Kredite, die selbstverständlich notwendig waren, wirkten wie Kampfeinsparungen auf einen Kranken. Sie schafften eine künstliche Erhöhung der Lebensfähigkeit der Wirtschaft, konnten aber eine Gesundung des Körpers von innen heraus nicht erzielen. Gründe der Währungspolitik verbieten es jetzt, der deutschen Wirtschaft weiterhin mit der „Kreditspritze“ aufzuwarten. Der kranke Wirtschaftskörper muß jetzt seinen eigenen Gesundungskraften überlassen bleiben. Das führt zunächst zu einem Rückfall, den der kranke Wirtschaftskörper überleben muß, wenn er dauernd gelunden soll. Das Abbinden des Kreditstroms der Reichsbank führte in den letzten Aprilwochen zu einem schleichenden Geschäftsaufgang in fast allen Zweigen der Wirtschaft. Die Krise ergriff zunächst, das ist bezeichnend, die Banken, d. h. die Gläubiger der Industrie und des Warenhandels. In allen Geschäftszweigen erwies sich ein großer Teil der Außenstände uneinbringbar. Einer blieb dem anderen die Erfüllung seiner Geldverpflichtungen schuldig.

Seit etwa Anfang dieses Monats hat die Krise immer weitere Ausdehnung genommen. Von den Banken sprang sie über auf den Warenhandel. Namentlich der Textilhandel erlebte eine Geschäftsauffahrt nach der anderen. Die Textilindustrie, deren Auftragsbestände bis in den Herbst und Winter hinein ausreichen, bangt um die Ablieferung ihrer Fabrikate an den Textilgroßhandel und die Konfektion, weil sie der Zahlungsfähigkeit und vor allem der Zahlungsfähigkeit der Abnehmer nicht traut. Nicht die Sorge um den Absatz ist heute die brennendste Frage für die Industrie, sondern ob überhaupt und ob rechtzeitig man den Gegenwert für abgesetzte und noch abzuliefernde Waren hereinbekommen kann, um seinerseits wieder den Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Vorlieferanten, dem Einfuhrhandel nachkommen zu können. Der eine Geschäftszweig leidet mehr unter solchen Schwierigkeiten, der andere etwas weniger. Wenn aber ein führendes Werk der deutschen Schwerindustrie, noch dazu ein Werk, dessen Qualitätsergebnisse Weltrenomee genießen, wie die Stahlwerk Rector Akt.-Ges., Geschäftsaufsicht beantragt, dann ist das ein Zeichen dafür, wie ernst und gefährdend die gegenwärtige Lage ist. An der Berliner Börse wird bald dieses, bald jenes führende Unternehmen für zahlungsunfähig „angesprochen“. Das eine ist gewiß, daß die Liste der Geschäftsaufsichten selbst gut gegründeter Unternehmungen in nächster Zeit bedeutende Verlängerungen erfahren wird. Die Unternehmungen suchen natürlich mit all ihren Kräften solchen Möglichkeiten zuvorzukommen. Diesem oder jenem Unternehmen gelingt es auch, einen größeren Kredit im Inland oder Ausland aufzutreiben. Gegenüber dem Umfang des Kreditbedarfs aber kann das inländische Kreditangebot nicht entfernt einen Ausgleich gewähren, und ob Auslandskredite in nennenswertem Umfang aufzutreiben sind, das ist eine Frage, die nur in der Zukunft beantwortet werden kann. Die Unternehmungen haben mittlerweile erkannt, daß sie mit der Reichsbankpolitik und mit der Lage des deutschen Geldmarkts als mit unabänderlichen Tatsachen rechnen müssen, denen es sich anzupassen gilt. Die Wertpapierbestände sind zum großen Teil bereits verkauft, die Warenbestände werden jetzt folgen müssen. Das ist schon im Interesse der Ausfuhrförderung, die ohne einen tiefgreifenden Preisabbau nicht möglich ist, unumgänglich. Soweit auch die Flüssigmachung der Warenbestände keinen Ausgleich bieten kann, müssen die Betriebe wohl oder übel für eine gewisse Zeit eingeschränkt werden. Mit einer größeren Arbeitlosigkeit muß man in den nächsten Wochen ohnedies rechnen. Die nächsten statistischen Erhebungen werden den Umfang der Lage auf dem Arbeitsmarkt deutlich erkennen lassen. Seit

Tagespiegel

Neuester Meldung zufolge sind in den Parteiverhandlungen in Berlin den Deutschnationalen einige außerpolitische Fragen vorgelegt worden, für die sie sich Fraktionsbeschluss am Montag vorbehielten.

Die Vorabstimmung über den deutschnationalen Antrag zur Auflösung des braunschweigischen Landtags findet am 13. Juli statt.

Der bayerische Landtag wird auf den 3. Juni einberufen.

Poincaré soll Mitterand die Berufung Herriots als Ministerpräsidenten vorgeschlagen haben. Der Nationale Bloch beschloß, Herriot zu unterstützen, wenn er die wirtschaftliche Entschädigungspolitik Poincarés gegen Deutschland fortsetze. Herriot wird mit den Führern des Blochs verhandeln.

Aus Syrien werden weitere Zusammenstöße zwischen türkischen Freischärlern und Franzosen gemeldet.

Einigen Tagen liegen jedenfalls bereits eine Reihe von Meldungen über Betriebs Einschränkungen aus der Maschinenindustrie, der Metallindustrie und aus anderen Zweigen vor. Was fehlt und was nicht zu beschaffen ist, sind eben die richtigen Mittel.

Die Krise in Ostoberschlesien

Zerrüttungspolitik

Aus Polnisch-Oberschlesien erhalten wir folgendes Bild der Wirtschaftslage: In den nächsten Tagen finden nochmals Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern der ostoberschlesischen Kohlen- und Eisenindustrie statt, und zwar in Warschau unter Mitwirkung der polnischen Regierung. Kommt es zu keiner Einigung, so wollen die Arbeiter den Generalstreik ausrufen. Andererseits bräufichtigen die Industriellen, alle noch in den Werken tätigen Arbeiter auszusperren. Damit rückt die Katastrophe des wirtschaftlichen Zusammenbruchs in bedenkliche Nähe. Die Lage ist dann unheimlich ähnlich der des Ruhrgebietes. Wie konnte es soweit kommen?

Die Gründe des Niedergangs sind nur zum Teil dieselben wie im Deutschen Reich, von dem dieses blühende Land Arbeit und Erzeugung abgetrennt wurde. Was in Deutschland die „Reform“ des Reichspräsidenten Schacht, das in Polen das Sanierungswerk des Finanzministers G. Josi. Es hat der Industrie die Kredite gesperrt. Der Handel leidet schwer unter der allgemeinen Geldnot. Das hat maßlos mit dem Reich gemein. Alle übrigen Erscheinungen sind aber auf rein polnische Fehler und auf den Wahnsinn der ober-schlesischen Teilung zurückzuführen, der jetzt erst anfangt, sich grauhaft zu rächen.

Durch die Teilung Ostoberschlesiens sind die Zusammenhänge zwischen Produktionsort und Absatzgebiet zerrissen worden. Der polnische Staat ist seiner Verpflichtung, der ober-schlesischen Industrie neue Absatzgebiete in seinem Bereich zu erschließen, nicht nachgekommen. Im Gegenteil, er hat alles getan, um die schwer kämpfenden Industrien zu verwirren und ihnen den Glauben an eine glückliche Einsparung zu nehmen. Beschäftigungslose Werke erhielten nicht die versprochenen Staatsaufträge. Sie blieben also vom Bedarf in Deutschland abhängig.

In Deutschland verlängerte man die Arbeitszeit. Die polnische Regierung hielt eigenständig an der verkürzten Arbeitszeit der Revolutionsjahre fest und half nicht mit, die Lohnsätze, die zuletzt noch in Erwartung eines weiteren Kursrückgangs der polnischen Markt, besonders hoch angelegt waren, nach eingetretener Währungsfestigung herabzusetzen. Die Folge: die Löhne sind in Polnisch-Oberschlesien heute mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland. Die Selbstkosten der Industrie betragen ungefähr 50 v. H. mehr als in Deutschland. Während Deutsch-Oberschlesien seine Leistung durch die Einführung der neuen Arbeitszeit, d. h. seit Dezember vorigen Jahres, ganz bedeutend steigern konnte, ist Polnisch-Oberschlesien zurückgeblieben und konkurrenzunfähig geworden.

Der polnische Staat hat noch weit mehr auf dem Gewissen. Er presste die ihm in den Schoß geworfene Industrie finanziell aus, statt sie zu stützen. Allein an Vermögenswerten haben die ostoberschlesischen Industriellen bis jetzt 50 Millionen Goldfranken aufbringen müssen, und zwar 10 Millionen in bar, 40 Millionen in Wechseln. 10 weitere Millionen zeichneten sie auf mehr oder minder sonst in Tuch bin „freiwillig“ für die neue Bank Polska zu „Gesundungszwecken“. Unsummen verschwanden für Ausgaben wie Denkmäler, Quartierläden, Kirchengebäude, natürlich auch für Schmiergelder und für Zwecke der „Polonisierung“ der Betriebe. Deutsches Geld für die Austrottung des Deutschen! Seit dem Tag der Aneignahme ist es ja das eifrigste Bestreben der Polen, die Besitzverhältnisse

an den großindustriellen Unternehmungen Oberschlesiens zu Gunsten des polnischen Staats zu verändern oder zumindest die Verwallung der Werke polnisch zu machen.

Den schlimmsten Einfluss auf die Umgestaltung der Besitzverhältnisse hat die Bestimmung der Genfer Konvention, die eine Nichtauflösung des deutschen Eigentums nur auf die Dauer von 15 Jahren gewährleistet. Unter dem Druck dieser Vorschrift haben sich die meisten Gesellschaften gezwungen, große Umänderungen in der Verteilung ihrer Anteile vorzunehmen. Noch ist die Entwicklung nicht abgeschlossen, aber schon ist der größte Teil des ober-schlesischen Grubenbesitzes seinen deutschen Eigentümern aus der Hand geschlagen.

Die jetzige Wirtschaftskrise in Polnisch-Oberschlesien wird sich wiederholen, wenn am 1. Juli 1925 die Kolonialfreiheit, die bisher durch das Genfer Abkommen für die Einfuhr der ober-schlesischen Erzeugnisse nach Deutschland bestand, fortfällt, und wenn im Jahr 1926 der freie Schrotteinkauf in Deutschland ein Ende hat. So wird der Kluch der bösen Taten fortzuehend Böses gebären, bis die Sieger des Kriegs vielleicht auf den Gedanken kommen, ein „Domesgutachten“ über Oberschlesien einzuholen und damit für Europa zu retten, was noch zu retten ist.

Neue Nachrichten

Die Parteiverhandlungen abermals gescheitert

Berlin, 25. Mai. Die Verhandlungen der Mittelparteien mit den Deutschnationalen dauerten am Freitag über Stunden und wurden am Samstag fortgesetzt, während gleichzeitig beim Reichskanzler eine Ministerbesprechung stattfand. Schließlich kamen sich die B. S. meidet, die Parteien ziemlich nahe, doch scheinen über die Form, wie die deutschen Vorbehalte dem Verband gegenüber zu vertreten seien, die Meinungsverschiedenheiten so stark gewesen zu sein, daß die Möglichkeit einer Einigung bezweifelt wird. Man glaubt, daß die alte Regierung versuchen wird, mit der bisherigen Minderheit das Sachverständigen-Gutachten mit Unterstützung der Sozialdemokraten zur Annahme zu bringen.

Austritt der Wesseln aus der Zentrumsfraktion

Berlin, 25. Mai. Wie die „Germania“ mitteilt, haben die fünf Mitglieder der Deutschhannoverschen Partei, die der preussischen Zentrumsfraktion als Gäste angehört, diese Beziehungen gelöst.

Der Reichspräsident zum Ruhrstreik

Berlin, 25. Mai. Nach einer Besprechung mit Gewerkschaftsvertretern hat sich Reichspräsident Ebert entschlossen, in den Lohnkampf im Ruhrgebiet selbst einzugreifen. Am Montag sollen Besprechungen mit drei Industriellen des Ruhrgebietes in Gegenwart des Reichskanzlers stattfinden.

Unterstützung der Bergarbeiter

Berlin, 25. Mai. Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbands hat aus der Hauptkassette des Verbands den streikenden Bergarbeitern 10 000 M. überwiesen und die Mitglieder aufgefordert, den Kampf der Bergarbeiter zu unterstützen.

Der Vollzugs-Ausschuß der Bergarbeiter-Internationale fordert, wie der „Vorwärts“ berichtet, die Landesverbände auf, die deutschen Bergarbeiter weitgehend zu unterstützen.

Bankraub in Ludwigshafen

Ludwigshafen a. Rh., 25. Mai. Am Donnerstag beschlagnahmte ein französischer Offizier mit mehreren Genossen in der Reichsbankfiliale 53 000 Franken und 500 000 Goldmarken. Die Filiale für angebliche Sabotage. Der Vorstand der Bank machte vorgedächelt geltend, daß das Geld Privatvermögen sei.

Die Kohlenhäufte in Gefahr

Essen, 25. Mai. Die Behinderung der Kohlenhandelsbeziehungen durch die Kommunisten bringt die Gefahr des Erfassens der Häufte bei allen Zechen des Ruhrgebietes mit sich. Die untersten Sohlen und Schächte sind bereits mit Wasser angefüllt.

Die Sonderbändler in Oberschlesien

Breslau, 25. Mai. Der ober-schlesische Provinziallandtag beschloß, die Verwaltung Deutsch-Oberschlesiens von Niederschlesien abzutrennen und den Sitz der ober-schlesischen Verwaltung in Ratibor einzurichten. Zum Landeshauptmann wurde der Oberbürgermeister von Ratibor, Pötel, gewählt. Der deutschnationale Antrag, wenigstens einen gemeinschaftlichen Zweckverband für beide Landesteile zu schaffen, wurde abgelehnt.

Neuer Lehrerverein

Dresden, 25. Mai. Nach der Revolution war der Sächsisch-Lehrerverein auf eine ganz radikale Bahn gekommen. Nun wurde in den letzten Tagen ein neuer sächsischer Lehrerverein gegründet, der die radikale Schulpolitik des alten be-

